



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 290.21 / 17.09.2021

Eine schwarze Null ist keine angewandte Generationengerechtigkeit

Zur von den Mitgliedern des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein beschlossenen Resolution für die aktuelle Regelung der Schuldenbremse sagt der finanzpolitische Sprecher vom Bündnis 90/Die Grünen, **Lasse Petersdotter**:

Ich bin nicht überrascht, aber dennoch fassungslos. Dass der selbsternannte Bund der Steuerzahler an der bisherigen Fassung der Schuldenbremse festhält, ist so erwartbar, wie kurzsichtig. Seit der Einführung der Schuldenbremse haben sich nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse geändert, sondern auch die Rahmenbedingungen. Die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form wird dazu führen, dass der Staat in einer wirtschaftlich extrem angespannten Lage und einer historischen Niedrigzinsphase massive Kürzungspakete schnüren wird. Das droht die gesellschaftliche Spaltung noch weiter zu verschärfen.

Die These, dass wir nur wegen der Schuldenbremse wirksam auf die Krise reagieren konnten, ist nicht haltbar. Auch andere Länder ohne Schuldenbremse konnten wirksam reagieren. Zur Wirklichkeit gehört viel mehr, dass Deutschland mit Blick auf die Investitionspakete, etwa in den USA, kaum wettbewerbsfähig bleiben wird.

Und selbstverständlich verhindert die Schuldenbremse wichtige Investitionen, etwa in die Reaktivierung und Elektrifizierung der Bahnnetze in Schleswig-Holstein, um nur ein Beispiel zu nennen.

Dass der Bund der Steuerzahler nun noch das wegweisende Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts versucht für sich zu vereinnahmen, ist wirklich völlig absurd. Eine schwarze Null ist keine angewandte Generationengerechtigkeit.
